

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

9. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Januar 2001, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

in Vertretung von Jürgen Weber

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Joachim Behm (F.D.P.)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht für allgemein- und berufsbildende Schulen	4
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/214	
2. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein	5
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 15/493	
3. a) Weiterentwicklung der Hauptschule	6
b) Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/514	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/536	
4. Zukunft des IPTS	7
5. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht für allgemein- und berufsbildende Schulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/214

(überwiesen am 14. Juli 2000 an den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/295, 15/302, 15/623

Der CDU-Antrag wird einstimmig für erledigt erklärt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/493

(überwiesen am 16. November 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung;
Fortsetzung der Beratung vom 7. Dezember 2000)

Abg. Eisenberg möchte wissen, seit wann die auf Seite 32 des Berichts angesprochenen Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte anhängig seien.

M Erdsiek-Rave teilt mit, von den insgesamt acht Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte seien sechs abgeschlossen; ein förmliches und ein nicht förmliches Verfahren seien noch anhängig. Das IPTS biete ein Arbeitspapier zur Unterrichtsfachberatung „Rechtsextremismus - Was kann Schule tun?“, eine Dokumentation der IPTS-Veranstaltung am 14. November 2000 in Westerrönfeld, sowie eine Fülle von regionalen und zentralen Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus an. In diesem Zusammenhang weist die Ministerin auf den Aktionstag der Landesschülervertretung und die Gedenkveranstaltung in der Lübecker Synagoge am 27. Januar hin.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Weiterentwicklung der Hauptschule

Umdrucke 15/298, 15/511

b) Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/514

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/536

(überwiesen am 17. November 2000)

hierzu: Umdrucke 15/667, 15/668, 15/669

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zum Thema „Weiterentwicklung der Hauptschule“ am 1. März 2001, 14:00 Uhr, und zum Thema „Fremdsprachenunterricht an Grundschulen“ am 5. April 2001, 14:00 Uhr, eine Anhörung durchzuführen. Über den Kreis der Anzuhörenden und die konkreten Fragestellungen verständigen sich die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen im Anschluss an die Ausschusssitzung. Am 1. März 2001 ist außerdem vor der Anhörung um 13:00 Uhr eine reguläre Ausschusssitzung vorgesehen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zukunft des IPTS

(vergleiche Kleine Anfragen Drucksachen 15/397, 15/405, 15/621)

Auf Fragen von Abg. Eisenberg führt M Erdsiek-Rave aus, vor dem Hintergrund der Arbeitsergebnisse der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Fachkommission „Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland“, der Ergebnisse nationaler und internationaler Vergleichsuntersuchungen über das Leistungsverhalten von Schülern (TIMSS- und PISA-Studie), der Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechniken, der stärkeren Eigenverantwortung der Schulen und der generellen Notwendigkeit, die Phasen Studium, Referendariat und lebenslange Weiterbildung besser miteinander zu verzahnen, habe man eine Expertenkommission damit beauftragt, Empfehlungen zu erarbeiten, wie man den genannten Anforderungen am effektivsten gerecht werde und welche Änderungen sich daraus für die Struktur des IPTS ergäben. Im März 2001 werde die Kommission der Fachöffentlichkeit erste Ergebnisse einschließlich der Position der Gewerkschaften und Berufsverbände präsentieren. Ziel sei es, die Vorschläge zur zukünftigen Struktur der Lehrerbildung 2001 und 2002 zu erarbeiten und im Jahre 2002 mit der Fachöffentlichkeit zu diskutieren, sodass die neuen Strukturen zum Schuljahr 2002/2003 eingeführt werden könnten. Die Stelle eines Projektleiters werde so schnell wie möglich besetzt.

Abg. Dr. Klug vermisst in der vom Ministerium einberufenen Fachkommission für die Weiterentwicklung der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung die Einbeziehung des Sachverständigen aus der Praxis der zweiten Phase der Lehrerbildung (zum Beispiel Leiter eines IPTS-Regionalseminars).

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass unter anderem Dr. Dohm, eine Schulrätin und ein Lehrer aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen Mitglied der Fachkommission seien und das IPTS selbstverständlich in die Diskussion über die Vorschläge der Kommission eingebunden werde, die im Übrigen ergebnisoffen arbeite, was auch für die Frage der Struktur beziehungsweise Dauer des Referendariats gelte, das in Niedersachsen verkürzt werden solle. Über mögliche Zwischenergebnisse der Kommission - damit greift sie eine weitere Frage von Abg. Eisenberg auf - könne sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts sagen. Überlegungen, die zweite Phase der Lehrerbildung an die Universität zu verlegen, würden ausdrücklich nicht verfolgt.

Abg. Eisenberg bittet darum, die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Kayenburg, Drucksache 15/405, fortzuschreiben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende weist auf das Gespräch der bildungspolitischen Sprecher mit der **Kommision Weiterbildung** am Dienstag, dem 6. Februar 2001, 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr, in der Wirtschaftsakademie in Kiel hin.
- b) Abg. Schwarz bittet das Ministerium, in der nächsten Sitzung, am 8. Februar 2001, 14:00 Uhr, über das **Einstellungsverfahren von Lehrkräften** zu berichten.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 14:45 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer